

Niederschrift

**über die 11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, 11.05.2023 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses
(Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Fabian Filatov	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Herr Tristan Zeitter	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen Gast
Frau Sibylle Owsianowski	AfD
Herr Yannick Hoppe	FDP

Gäste

Frau Melanie Hassan

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Oliver Kohl Allianz für Hilden

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Elisabeth Abel	AWO
Frau Ute Lipke	SKFM
Frau Nadine Lichtenwimmer	Kinderschutzbund e. V.
Herr Michael Krambrock	

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda Hilden	Jugendamtselternbeirat
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION

Beratende Mitglieder

Ella Schmidt Jugendparlament

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Susanne von der Heiden nen	Kindertagespflegeperso-
Herr Marco Martins Pereira	SPD

Beiräte

Frau Sabine Anna Roth Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden
Herr Ralf Hundshammer	Stadt Hilden
Herr Andreas Kante	Stadt Hilden
Frau Andrea Märten	Stadt Hilden
Frau Andrea Nowak	Stadt Hilden
Frau Barbara Pahlke	
Herr Peter Palitz	Stadt Hilden
Frau Nicole Pattio	
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Stefanie Walder	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle JHA, Stand: März 2023
WP 20-25 SV 51/214
- 3 Vorstellung des Trägers der "Ge_Mein_Sam für Integration & Entlastung gUG"
WP 20-25 SV 51/229
- 4 Jahresberichte 2022 der Freien Träger
WP 20-25 SV 51/213
- 5 Hildener Jugend- und Familienbericht 2023 - Teil 1
WP 20-25 SV 51/225
- 6 Sachstandsmitteilung Soziale Dienste - Fachdienst Jugendhilfe im Strafverfahren
WP 20-25 SV 51/224
- 7 Änderungen der Beihilferichtlinien für die Bereiche der Heimpflege und der Vollzeitpflege ab 01.08.2023
WP 20-25 SV 51/215
- 8 HzE Jahresbericht 2022
WP 20-25 SV 51/220
- 9 Finanzstatus Produkt 060301 Hilfen zur Erziehung - Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
WP 20-25 SV 51/222
- 10 Antrag des Jugendparlamentes vom 16.11.2022: Rede- und Antragsrecht in allen Fachausschüssen
WP 20-25 SV 01/105
- 11 Antrag der Fraktion Bündnis '90/DIE GRÜNEN vom 08.03.2023: Umbau Bürgertreff zur Schaffung von Kitaplätzen
WP 20-25 SV 26/036/1
- 12 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 13 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Carsten Wannhof, eröffnete die 11. öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Wannhof, verschob den Tagesordnungspunkt 10 nach vorne hinter den Tagesordnungspunkt 2 (Beschlusskontrolle), da einige Schüler*innen noch zu einer Schulveranstaltung mussten.

Einwohnerfragestunde

Herr Karl Hubert, Bürger der Stadt Hilden, stellte an die Verwaltung die Frage, weshalb die Stadt Hilden im Stellenplan für die Bücherei keine Auszubildende/n vorgesehen habe.

Herr Dezernent Eichner antwortete, dass die Fachvertretung ein großes Interesse habe, Fachpersonal zu finden, damit auch weiterhin gute Arbeit geleistet werden kann. Er hoffe auf eine Änderung im Stellenplan.

1 Befangenheitserklärungen

Keine

2 Beschlusskontrolle JHA, Stand: März 2023

WP 20-25 SV
51/214

Rm Zeitter/ CDU verwies auf die Ratssitzung vom 13.12.2022. Hier wurde beschlossen, dass die Mittel über einen freiwilligen Betriebskostenzuschuss für die Freizeitgemeinschaft für die Haushaltsjahre 2024/2025 zunächst zurückgehalten werden, bis die konkreten Zahlen aus den Jahresabschlüssen der Haushaltsjahre 2020/2021 vorliegen. Der CDU legen diese bis heute nicht vor.

Herr Dezernent Eichner erklärte, dass der Jahresabschluss für das Jahr 2019/2020 erfolgt und für 2021/2022 noch in Vorbereitung sei. Das Ergebnis soll im nächsten Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden.

Herr Krambrock von der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e. V. erklärte, dass die Freizeitgemeinschaft aufgrund einer internen Personalsituation nun mit einem externen Buchhaltungsunternehmen zusammenarbeite und in Zukunft die Abschlüsse monatsgenau abgegeben werden könnten.

RM Zeitter/ CDU bat, dies in die Beschlusskontrolle des Jugendhilfeausschusses aufzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Vorsitzender Wannhof stellte Frau Melanie Hassan, GeMeinSam für Integration & Entlastung gUG, kurz vor und erteilte ihr anschließend das Wort.

Frau Hassan berichtete, dass der Träger bereits seit 2019 in Hilden tätig sei und die Arbeit kurz vor Coronabeginn aufgenommen habe. Ursprünglich durch eine Elterninitiative gegründet, habe man sich auf die Kindergartenbegleitung spezialisiert. Dieser Tätigkeitsfeld mache 85 % aus. Die Zahl der beim Träger angestellten Inklusionshelfer seien auf 150 Mitarbeiter angewachsen. Inzwischen sei die Schulbegleitung hinzugekommen, Kontakte zum Rathaus wurden geknüpft, um das bestehende Angebotsspektrum des Trägers bekannt zu machen. Es bestehe eine Kooperation mit dem SV Hilden Nord 1964 e.V. für eine Sportgruppe mit 23 Kindern. Hier stehe das Gemeinschaftsgefühl im Vordergrund und nicht der Fußball.

Es wurde eine Ferienfreizeit durchgeführt. Der Kinderschutzbund sei ebenfalls ein weiterer Kooperationspartner. In 2021 wurde eine Anerkennung durch den Landschaftsverband Rheinland erteilt. Aufgrund der wachsenden Einstellungszahlen, wurde im September 2022 eine Strukturänderung vorgenommen und sei inzwischen eine Holdinggesellschaft (GeMeinSam Holding gUG).

Herr Krambrock/ Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e. V. erkundigte sich, ob Frau Hassan Sprecherin für die gemeinsame Holdinggesellschaft sei und ob dem Landschaftsverband Rheinland die Änderung der bisherigen Trägerstruktur in eine Holdinggesellschaft mitgeteilt wurde. Frau Hassan antwortete, dass sie die Geschäftsführerin der Gemeinsam Holding gUG sei und der Landschaftsverband Rheinland über die Gesellschaftsänderung informiert wurde. Auf Anregung des Landschaftverbandes Rheinland, Frau Esser, wurden die jeweiligen Städte über die vorgenommene Umstrukturierung und der damit nun notwendigen Anerkennung zum freien Träger informiert. Bei den Kommunen werden entsprechende Anträge gestellt.

Rm Gronemeyer/ Bündnis 90 Die Grünen stellte die Frage, ob die Mitarbeiter, die eine sozialpädagogische Arbeit ausübten, auch eine sozialpädagogische Ausbildung hätten.

Frau Hassan erklärte, dass im Bereich der Inklusionshilfe hauptsächlich Mitarbeitende tätig seien, die als sogenannte Quereinsteiger eingestellt wurden. Das Personal werde entsprechend der individuellen Herausforderungen der bedürftigen Kinder geschult.

Rm Owsianowski/ AfD stellte die Frage, wer einen Kostenanteil für die Begleitung der Kinder im Kindergarten trägt, bzw. ob die Stadt Hilden in Zukunft dafür verantwortlich sei und wie die Vermittlung der Kinder stattfindet.

Frau Hassan erklärte, es gebe verschiedene Kostenträger. Wie etwa der Kreis Mettmann als Rehabilitationsträger, aber auch die Stadt Hilden finanziert einige Maßnahmen. Eine Vermittlung geschehe nicht nach Kostenträgern, sondern im Rahmen von Anfragen an den Träger.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Vortrag zur Kenntnis.

Rm Zeitter/ CDU stellte zu den verschiedenen Tarifabschlüssen die Frage, ob bekannt sei, wie viele Mehrkosten auf die Stadt zukämen.

Dezernent Eichner erklärte, in einen Austausch mit den Freien Trägern zu gehen und die Kosten

für 2023 zu eruieren, ggf. müsse nachgesteuert werden. Genaue Zahlen können erst nach Erstellung des Haushaltsplanes 2024 benannt werden.

Rm Owsianowski/ AfD stellte zur SPE Mühle an die Verwaltung die Frage, ob die einzelnen Personalabgrenzungen deren Tätigkeiten zugeordnet seien.

Laut Dezernent Eichner war eine abschließende Klärung nicht möglich, da der Geschäftsführer der SPE Mühle nicht an der Sitzung teilnehmen konnte. Die Gespräche hierzu werden zu Protokoll gebracht.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Jahresberichte der Freien Träger für das Berichtsjahr 2022 zur Kenntnis.

Dezernent Eichner erklärte, dass die Handlungsempfehlungen aus dem Familienbericht umgesetzt wurden. Der Familienbericht werde laufend in einer Fortschreibung weiterverfolgt sowie dokumentiert und hoffe, mit den erarbeiteten Ergebnissen und Regionen einen größtmöglichen Erfolg zu erzielen.

Rm Filatov/ CDU stellte zur Befragung der Jugendlichen im Area51 die Frage, ob und wie eine erneute Jugendbefragung geplant sei und diese künftig selbst durchzuführen. Er wies darauf hin, dass durch den externen Dienstleister damals nur 30 - 40 Jugendliche beteiligt wurden.

Dezernent Eichner räumte Fehler ein. Neben den offenen Treffen sollen verstärkt die Schulen eingebunden sowie Informationstände auf der Mittelstraße platziert werden. Des weiteren werde ein enger Austausch mit dem Jugendparlament angestrebt, um Tipps zu erhalten, wie die Jugendlichen am besten erreicht werden können. Ggf. würde auch wieder auf einen Dienstleister zurückgegriffen werden, sollten sich keine freien Kapazitäten für eine eigene Befragung ergeben.

Rm Gronemeyer/ Bündnis90 Die Grünen stellte zum Stellwerk die Fragen, wo die Sprechstunden und in welcher Form diese stattfinden.

Frau Voß/ Verwaltung konnte die Frage noch nicht abschließend beantworten, da die Verwaltung in den Planungsanfängen sei, die Stadtteilarbeit zu reaktivieren. Erste Gespräche mit Herrn Hubert für den Arbeitskreis Ost haben bereits stattgefunden. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden laufend zum Umsetzungsstand informiert. Im Nachgang wollte Frau Gronemeyer wissen, wie es mit zusätzlichem Personal aussehe. Laut Frau Voß werde das Personal an dieser Stelle aktuell nicht aufgestockt. Die Aufgabe wird durch vorhandenes Personal erfüllt.

Rm Reffgen/ BA wollte wissen, wie der Sachstand zur Wiedereröffnung der BMX-Anlage (Familienbericht Seite 18) sei.

Dezernent Eichner erklärte, dass das Projekt von der SHB übernommen wurde und in deren Verantwortung lege. Nach seinem jetzigen Sachstand müsse die SHB laut der vorangegangenen Ratssitzung bis zum Ende des Jahres ein Konzept im Schul- und Sportausschuss vorlegen.

Frau Roth/ Behindertenbeirat merkte an, dass in dem vorgelegten Bericht inklusive Angebote für Jugendlichen und Familien fehlen.

Vorsitzender Wannhof sicherte eine Nachsteuerung zu.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den „Hildener Jugend- und Familienbericht 2023 - Teil 1“ zur Kenntnis.

6	Sachstandsmitteilung Soziale Dienste - Fachdienst Jugendhilfe im Strafverfahren	WP 20-25 SV 51/224
---	---	-----------------------

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht Soziale Dienste - Fachdienst Jugendhilfe im Strafverfahren zur Kenntnis.

7	Änderungen der Beihilferichtlinien für die Bereiche der Heimpflege und der Vollzeitpflege ab 01.08.2023	WP 20-25 SV 51/215
---	---	-----------------------

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss die Änderungen der Beihilferichtlinien für die Bereiche der Heimpflege und der Vollzeitpflege zum 01.08.2023 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis JHA:

Einstimmig beschlossen.

8	HZE Jahresbericht 2022	WP 20-25 SV 51/220
---	------------------------	-----------------------

Rm Reffgen/ BA wollte wissen, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung gedenkt vorzunehmen und wie sie glaube, die aus der Sitzungsvorlage nachvollziehbare Steigerung in allen Segmenten in den Griff zu bekommen.

Frau Voß/ Verwaltung erklärte, diese Frage tatsächlich kaum beantworten zu können. Man investiere im Bereich der Frühen Hilfen sowie in niederschweligen Angeboten und Präventivangeboten, um möglichst rechtzeitig Bedarfe feststellen und Unterstützungen anbieten zu können. Es gebe jedoch unkalkulierbare Faktoren die dazu führen, Familiensysteme nicht früh genug und umfänglich zu erreichen und zu begleiten. Die Situation habe sich deutlich zum Vergleich der vergangenen Jahre verändert. Oftmals bliebe nur die Möglichkeit, über eine zeitnahe Installierung einer ambulanten Hilfe zur Erziehung tätig zu werden, um kostenintensivere Maßnahmen zu verhindern. Für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen sei man sehr bemüht, direkt eine geeignete Unterbringung zu finden. Die Fremdunterbringung muss bedarfsgerecht im Sinne des Kindes oder des jungen Menschen erfolgen. Es bliebe eine große Herausforderung für den Fachbereich sowohl der pädagogischen Notwendigkeit einer Maßnahme als auch dem finanziellen Aspekt gleichzeitig gerecht zu werden. Sonderleistungen und Tagessätze für Einzelbetreuung seien aufgrund der Inflation, der Steigerung der Personal- und Sachkosten fernab von dem, was sonst durchschnittlich gezahlt wurde.

Dezernent Eichner stimmte Frau Voß im Anschluss in allen Punkten zu. Herr Eichner betonte im Nachgang der Sitzungsvorlage TOP 9 könne man sich die dramatische Kostensteigerung genauer betrachten. Sicherlich sind auch Kostensteigerungen, die durch Corona bedingt entstanden seien zu verzeichnen, da Kindergärten- und Schulschließungen nicht zuträglich gewesen seien. Man bekenne sich weiter zur Prävention, denn mit dem gut aufgestellten Team der Sozialen Dienste und des Stellwerks sei man auf dem richtigen Weg, was sich durchaus positiv auf die Kosten des HzE Budgets auswirkt.

RM Gronemeyer/ Bündnis90 Die Grünen betonte, dass dieser Bereich der Jugendhilfe, Maßnahmen durchzuführen, eine Pflichtaufgabe sei. Frühe Hilfen hingegen seien freiwillige Aufgaben. Frau Gronemeyer appellierte an die Verwaltung bei den nächsten Haushaltsplanberatungen diesen Schwerpunkt mit ausreichenden Mitteln auf „Frühe Interventionen“ zu legen. So könnten alle Familien bzw. mehr Familien, die einen Bedarf haben, unterstützt werden. Sie sehe nur dort die Chance, Mittel einzusparen.

Frau Voß/ Verwaltung korrigierte an dieser Stelle und erklärte das die Frühen Hilfen keine freiwilligen Leistungen seien, sondern ebenfalls Pflichtaufgaben. Jede einzelne Kommune gestalte und entscheide für sich selbst, wie und in welchem Umfang diese Leistungen verwendet werden.

Rm Münnich/ Bündnis90 Die Grünen wollte wissen, wie sich die Kosten aus den Tagessätzen zusammensetzen, ob es Aufschlüsselungen der Anbieter gebe.

Frau Voß/Verwaltung erklärte, dass Leistungsbeschreibungen als Grundlage für die Leistungsentgeltverhandlungen zugrunde liegen, aus denen sich dann die jeweiligen Tagessätze ergeben. Zu den Tagessätzen für Betreuung und Unterbringung kommen oft auch Zusatzleistungen wie beispielsweise der Einsatz von Sicherheitsdiensten. Auf der Suche nach einer geeigneten Unterbringung werden oft zwischen 60 und 100 Anbieter kontaktiert.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

9	Finanzstatus Produkt 060301 Hilfen zur Erziehung - Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe	WP 20-25 SV 51/222
---	--	-----------------------

Rm Owsianowski/ AfD wollte die Frage geklärt wissen, wo werde an welcher Stelle weniger ausgegeben und wofür werde es verwendet?

Dezernent Eichner erklärte, die Deckung erfolge über über Mehreinnahmen, die aber nicht an anderer Stelle ausgegeben werden müssen.

Rm Zeitter/ CDU erklärte zum TOP 9 eine Frage im nichtöffentlichen Teil zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfehlen dem Rat der Stadt Hilden, die überplanmäßige Mittelbereitstellung von Transferaufwendungen in Höhe von 1.700.000 € im Produkt 060301 „Bereitstellung von Hilfen innerhalb und außerhalb von Familien“ zu beschließen.

Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei Transferaufwendungen im Produkt 160101 „Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft“.

Rat der Stadt Hilden:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung von Transferaufwendungen in Höhe von 1.700.000 € im Produkt 060301 „Bereitstellung von Hilfen innerhalb und außerhalb von Familien“.

Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei Transferaufwendungen im Produkt 160101 „Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft“.

Abstimmungsergebnis im JHA:

Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung.

10 Antrag des Jugendparlamentes vom 16.11.2022: Rede- und Antragsrecht in allen Fachausschüssen

WP 20-25 SV
01/105

Rm Zeitter/ CDU schlug vor, die Evaluierung auf die aktuelle Wahlperiode zu begrenzen, um dann erneut darüber abzustimmen.

Vorsitzender Wannhof fragte die Vertreter des Jugendparlamentes, ob sie sich dazu äußern wollen.

Frau Ella Schmidt/ Jugendparlament erläuterte, warum im November 2022 der Antrag zum Rede- und Antragsrecht in den Fachausschuss eingebracht wurde. Aus deren Sicht sei es von großer Bedeutung, selbst Anträge zu stellen und Stellungnahmen zu verfassen, da es oft um jugendrelevante Themen gehe. Sie hoffe auf Unterstützung aus dem Ausschuss.

Vorsitzender Wannhof vergewisserte sich bei Frau Ella Schmidt, wann die Wahl des Jugendparlamentes stattfand. Die Wahl fand bereits im Februar 2023 statt.

Rm Münnich/ Bündnis90 Die Grünen merkte an, dass bei Einreichung von Anträgen bestimmte Vorgaben und Fristen einzuhalten seien.

Rm Owsianowski/ AfD stellte die Frage, ob der Jugendhilfeausschuss bzw. die Fachausschüsse auch beschließen dürften oder ob dies dem Rat vorbehalten sei.

Vorsitzender Wannhof erklärte, dass eine Vorberatung immer zuerst in den jeweiligen Fachausschüssen stattfände.

Rm Hoppe/FDP unterstütze uneingeschränkt den ergänzten Antrag des Jugendparlamentes. Das Jugendparlament hat gezeigt, dass es sehr wertvoll sei, Jugendliche an demokratische und politische Entscheidungsprozesse heranzuführen. Dazu gehöre auch die Mitarbeit in den Ausschüssen. So lerne man, wie Anträge oder politische Willensentscheidungen in die Praxis umgesetzt werden. Das Jugendparlament sollte stärker in politische Entscheidungsfindungen einbezogen werden.

Rm Reffgen/ BA habe großes Verständnis für diesen Antrag. Er verstehe nicht, warum das Jugendparlament zu einer Modifizierung des Antrages gekommen sei. Seine Fraktion hätte bereits dem ersten Antrag zugestimmt.

Frau Nowak/ Jugendförderung erläuterte, wie der zweite Antrag zustande kam. Es habe klärende Gespräche mit der Verwaltung und Vertretern der Politik gegeben. Für die Jugendlichen sei ausschließlich wichtig, nur bei jugendrelevanten Themen an den Ausschusssitzungen teilzunehmen. Es wurde auch noch nicht festgelegt, wer an den Ausschüssen teilnehmen soll.

Herr Kohl/ beratendes Mitglied der Allianz für Hilden unterstütze den Antrag des Jugendparlamentes. Nach den Gesprächen mit den Jugendlichen seien verschiedene Verbesserungsvorschläge in den nachgebesserten Antrag aufgenommen worden.

Vorsitzender Wannhof stellte anschließend, auf Wunsch der Jugendparlamentsvertreter/innen ohne zeitliche Begrenzung auf die Wahlperiode, den Antrag wie eingereicht zur Abstimmung.

Antragstext:

Das Jugendparlament Hilden beantragt für alle Fachausschüsse der Stadt Hilden einen Sitz als beratendes Mitglied zu bekommen und damit auch überall das Rede- und Antragsrecht zu haben.

Begründung zum Antrag

Das Jugendparlament Hilden hat festgestellt, dass es, um in seiner Arbeit besser und schneller vorankommen und Inhalte effektiver platzieren zu können, Rede- und Antragsrecht in allen Fachausschüssen benötigt.

Aktuell arbeitet das Jugendparlament schwerpunktmäßig projektorientiert, wobei inhaltlich für viele Projekte auch ein Antrag in einem Fachausschuss möglich und nötig wäre.

Seit 2011 hat das Jugendparlament bereits im Jugendhilfeausschuss einen Sitz als beratendes Mitglied. 2015 kam der Sitz als beratendes Mitglied im Schul- und Sportausschuss dazu. Wir wünschen uns aber, zu allen Themen, die uns wichtig sind, in den Fachausschüssen aktiv mitdiskutieren zu können und/oder per Antrag unsere Anliegen zur Diskussion in die Politik sinnvoll einbringen zu können. So können wir die Interessen der Hildener Jugendlichen wirklich vertreten.

Zwar haben wir zum jetzigen Zeitpunkt schon die Möglichkeit, uns in Form der EinwohnerInnenfragestunde zu beteiligen, allerdings ist Fragen stellen in den meisten Fällen für die Anliegen des Jugendparlamentes nicht das richtige Mittel.

Wir haben festgestellt, dass es viele jugendrelevante Themen in ganz unterschiedlichen Fachausschüssen gibt. Fast jede Politik ist Jugendpolitik. Wir möchten die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen und Anträge einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 4 Enthaltungen

11	Antrag der Fraktion Bündnis'90/DIE GRÜNEN vom 08.03.2023: Umbau Bürgertreff zur Schaffung von Kitaplätzen	WP 20-25 SV 26/036/1
----	--	-------------------------

Vorsitzender Wannhof stellte an die Antragsteller die Frage, ob sie sich zum Tagesordnungspunkt äußern wollen.

Rm Gronemeyer/ Bündnis90 Die Grünen betonte, dass sie das Langzeitthema „Kita-Plätze“ als sehr bedrückend empfinde. Die Verwaltung versuche der Bitte, den Mangel an Betreuungsplätzen auf möglichst schnelle Weise zu beheben, nachzukommen. Frau Gronemeyer appellierte an die Ausschussmitglieder aus Verantwortungsgefühl den Eltern und Familien gegenüber, eine Lösung zu finden. Sie zeigte sich erstaunt darüber, dass die Fraktionen immer noch so viele Fragen zur Klärung einbringen würden. Die Thematik wurde immer wieder lang und breit diskutiert. Die Zeitungen berichteten immer wieder von Notständen, die Eltern seien ärgerlich und ratlos. Frau Gronemeyer bat die Versammlung, dem Antrag zuzustimmen.

Rm Zeitter/ CDU erklärte, dass die CDU den Antrag ablehnen werde. Zur Begründung führte er die wohnortnahe Versorgung mit Kitaplätzen an. Es werden dringend Kitaplätze im Süden benötigt, man baue aber dann im Norden. Zu bedenken sei weiterhin, dass wenn man dem Bürgertreff zustimmen würde, das Haus des Lernens erst ein Jahr später 2026/2027 fertig werden würde. Es sei dann auch erst die Möglichkeit für einen neuen multifunktionalen Raum gegeben, wo sich Vereinigungen sowie Bürgerinnen und Bürger, welche gegenwärtig den Bürgertreff nutzten, treffen könnten.

Rm Bauer/ SPD wies zunächst von sich, dass man sich nicht für Familien eingesetzt hätte. Die Verwaltung habe dankenswerterweise noch rechtzeitig den Fragenkatalog beantwortet, wie viele Plätze in den letzten Jahren geschaffen wurden. Sie bestätigte, dass der Neubau Holterhöfchen bisher unglücklich gelaufen sei, dafür gebe es auch keine Entschuldigung. Es wurde in der Fraktion lange diskutiert und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass das Haus des Lernens an der Beethovenstraße nun priorisiert werden müsse, um eine viergruppige Einrichtung zu haben.

Wenn der Lortzingstraße zugestimmt würde, verzögere sich der Bau der neuen Kita dort. Ebenso würde den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Hilden ein Mehrzweckraum/Veranstaltungsraum im Norden fehlen. Eine weitere Sorge sei der Fachkräftemangel. Es wäre keinem geholfen, zeitnah Räumlichkeiten zu eröffnen, aber kein Personal dafür zu bekommen oder ggf. nur eine Gruppe an den Start zu bringen. Die Fraktion sei bereit, weitere Möglichkeiten zu suchen.

Aus den benannten Gründen sei der Antrag der Grünen ihrer Meinung nach eine ad hoc Handlung und gefährde andere wichtige Projekte. Die SPD stimme dem Antrag nicht zu.

Rm Hoppe/ FDP betonte, ihnen als Fraktion sei der Fragebogen unzureichend beantwortet worden. Die FDP Fraktion glaube, hier werde eine Entscheidung forciert, die der Problematik der Kindergartenbetreuung in Hilden nicht gerecht werde.

Auch seien die Kosten nicht absehbar sowie eine Fertigstellung zum Kindergartenjahr 2024/2025 fragwürdig. Herr Hoppe schloss sich seinen Vorrednern an, dass die Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern (Stichwort Fachkräftemangel) parallel zur Eröffnung der Kita Holterhöfchen kaum realisierbar sei. Auch der angesprochene Veranstaltungsort würde wegfallen, leider habe die Verwaltung dazu keine Ersatzmöglichkeit in Aussicht gestellt.

Herr Hirsch-Herda/ Jugendamtselternbeirat zeigte sich irritiert über die Äußerungen zum Fachkräftemangel. Hier würden die Zusammenhänge verkürzt. Wichtig, um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen, seien attraktive Rahmenbedingungen. Hierzu gehöre als ein Faktor auch die Reduzierung von Überbelegungen und Verkleinerung der riesigen Gruppen. Kita-Plätze nicht zu schaffen aufgrund des Fachkräftemangels sei kein Lösungsansatz.

Rm Gronemeyer/ Bündnis90 Die Grünen betonte, mit schlechter Struktur in Hilden werde kein Personal gewonnen. Sie hoffe, dass das Interesse, feiern zu wollen, nicht schwerer wiege, als Eltern und ihren Kindern einen Kita-Platz zuzugestehen.

Rm Reffgen/BA betonte noch einmal, dass am 19.04.2023 in der Ratssitzung ein großer Teil der Meinung war, sehr schnell zu einer Entscheidung kommen zu können. Er konstatierte, dass ihn die Motive, die zur Ablehnungen vorgelegt worden seien, ratlos stimmten. Natürlich sei die Lortzingstraße nicht für alle Eltern wohnortnah. Das Motto „KURZE BEINE, KURZE WEGE“ aus dem Grundschulbereich auf den Kindergarten zu übertagen, sei nicht zielführend. Hier spiele es eine untergeordnete Rolle, weil Eltern in aller Regel mobil seien und Hilden kompakt. Seiner Meinung nach wurde wieder ein Monat vertan. In Anbetracht der dramatischen Situation sei dies unverantwortlich. Von Hilfe keine Spur. Das sei Hildener Familienpolitik.

Dezernent Eichner nahm hierzu Stellung. Die Sitzungsvorlage für die genannte Ratssitzung wurde so formuliert, dass hier die Möglichkeiten eines schnellen Handels aufgezeigt wurde. Er gab zu bedenken, dass die Überlastung von Familien letztendlich eine unbekannte Größe an Folgekosten für die Verwaltung darstelle und ein Fachkräftemangel auch in anderen Bereichen spürbar sei. Bei Bauvorhaben müsste für eine schnelle Realisierung entsprechend Personal vorhanden sein. Hier

müssten ggf. externe Unternehmen mit ins Boot geholt werden. Generell sei über eine Aufstockung von Personal nachzudenken, um solche Projekte auch zeitnah in Bewegung bringen zu können.

Herr Kohl/ beratendes Mitglied der Allianz für Hilden wollte wissen, ob es alternative Räumlichkeiten für die Angebote des Bürgertreffs gebe.

Dezernent Eichner konnte dies nur mit „bedingt“ beantworten. Die Rheumaliga könnte problemlos zum Stellwerk wechseln. Die Stadthalle könne ebenfalls als Veranstaltungsort in Frage kommen, jedoch unter ganz anderen Kostenbedingungen.

Frau Walder/ Verwaltung verwies zu wohnortnahen Versorgung mit Kita-Plätzen auf die Sitzungsvorlage aus 2019 „Betreuungssituation von Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren - Alternativen zur Verbesserung des Angebotes“.

Händeringend wurde zu dieser Zeit in Zusammenarbeit mit allen Dezernaten nach Lösungsansätzen zum Platzausbau gesucht.

Für den Stadtteil Hilden Süd, so in der Sitzungsvorlage festgehalten, haben sich keine Flächen bzw. Möglichkeiten des Ausbaus gefunden. Hier könne bei aller Bereitschaft nicht nachjustiert werden.

Die Überforderung der Eltern, sowie die Überforderung der Kita-Erzieher*innen sei deutlich spürbar. Der Herausforderung, Inklusion im Kita-Alltag zu leben, seien unter den gegebenen Bedingungen deutliche Grenzen gesetzt. Nicht selten seien Kinder bereits im 5. Lebensjahr, die bis dato auf einen Kita-Platz gewartet haben. Neben der langen Wartezeit könne auf kurzfristige Bedarfe, z. B. Zuzüge im letzten Kindergartenjahr, nicht mehr reagiert werden. Frau Walder möchte keine Direktverbindung zu Erziehungshilfen und ASD-Kosten, die explodieren, herstellen. Nur eines sollte klar sein, dass es auch eine Form von Prävention sei, Kita-Plätze in ausreichendem Maße vorzuhalten. Sie appellierte an die Ausschussmitglieder, andere Bedingungen in den Hildener Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen und Plätze für Hildener Familien zu schaffen.

Frau Voß/ Verwaltung verwies vorsichtig auf den Stand des Controllings, dass insbesondere Kinder im Alter von 8 und 9 Jahren Auffälligkeiten zeigten. Dies könne ein Stück weit mit den Übergängen zu tun haben.

Rm Reffgen/ BA wünsche sich, angesichts der in der Sitzungsvorlage auf Seite 6 beschriebenen Bedarfen, unkonventionelle Wege zu gehen. Dass Kindern die Chance genommen werde, eine Kindergartenbetreuung zu genießen, halte er schlichtweg für fatal.

Rm Gronemeyer/ Bündnis 90 Die Grünen äußerte Unverständnis. Die Verwaltung bitte händeringend, eine Lösung auf den Weg zu bringen. Wo einer kleinen Lösung zugestimmt werden solle, um ein großes Problem ein bisschen kleiner zu machen, wo Sachverstand dem Ausschuss gegenüber säße und aus der Sitzung heraus konstatiert werde: „Machen wir nicht!“. Sie richtete noch zwei Fragen an die ablehnenden Fraktionen des Antrages:

„Was streben sie an? Wo ist ihre Zielsetzung?“

Antragstext:

Die Verwaltung wird ermächtigt und aufgefordert, umgehend alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Bürgertreff an der Lortzingstraße so schnell wie möglich in eine zweigruppige Kita umzubauen.

Erläuterungen zum Antrag:

Die Ausführungen der Sitzungsvorlage machen auf eindringliche Weise deutlich, wie groß der Mangel an Kita-Plätzen in Hilden ist. Um betroffenen Familien zu zeigen, dass die Politik dieses gravierende Problem wahrnimmt und sofort Schritte zur Verbesserung der Situation gehen will, soll diese vergleichsweise einfache Lösungsmöglichkeit genutzt und zügig realisiert werden. Zu lange

wurde bisher über notwendige Baumaßnahmen nur geredet, ohne konkrete Schritte zu unternehmen und existierende Planungen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen, 6 Stimmen dagegen und 2 Enthaltungen

12 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Voß/ Verwaltung informierte die Ausschussmitglieder, dass Frau Ronja Kasper ab dem 15. Mai 2023 die neue Sachgebietsleitung im Stellwerk übernehmen wird.

Herr Dezernent Eichner entschuldigte Frau Ute Piegeler, da sie im Urlaub sei. Frau Piegeler habe die Leitung des Amtes 40 (Amt für Bildung, Entwicklung und Jugendförderung) übernommen. Des weiteren sprach er eine Einladung zu der Veranstaltung „Inklusion und Ideensammlung“ am 31. Mai 2023 aus. Die offizielle Einladung mit dem dazugehörigen Flyer zu dieser städtischen Veranstaltung werde noch verschickt.

13 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Es gab keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Carsten Wannhof / Datum
Vorsitzender 15.08.23

Andrea Märtens / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister 07.08.23

Sönke Eichner / Datum
Beigeordneter